

**I-10** Mieter\*innen entlasten – Wohnraumverlust verhindern – Mieter\*innenschutz muss krisenfest gemacht werden

Antragsteller\*in: Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Tagesordnungspunkt: I In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

## Antragstext

1 Die BDK möge beschließen:

2 Die enorme Inflation und die rasant steigenden Energiekosten bringen viele Mieter\*innen in  
3 existenzielle Nöte. Die sogenannte „zweite Miete“ wurde zu einer deutlichen Belastung für  
4 die Haushalte. Derzeit erhalten viele Haushalte hohe Nachforderungen für Gas und  
5 Betriebskosten, für 2023 muss sogar mit einer Verdoppelung der Gasrechnungen gerechnet  
6 werden. Dabei trifft es vor allem die Personen, die keine finanziellen Absicherungen haben  
7 und nun vor großen Unsicherheiten stehen. Auch Personen mit einem Indexmietvertrag sind von  
8 diesen Entwicklungen in beunruhigendem Maße betroffen. Es besteht die reale Befürchtung,  
9 dass Mieter\*innen ihre Wohnungen verlieren, wenn sie die Nachzahlungen nicht innerhalb von  
10 30 Tagen oder die zukünftig deutlich höheren Vorauszahlungen nicht stemmen können.

11 Zusätzlich sind in vielen Kommunen die Mieter\*innenn durch hohe Steigerungen der  
12 Nettokaltmiete sowieso schon seit Jahren belastet. Vor allem in den Metropolen haben sich  
13 die ohnehin hohen Mieten seit 2007 teilweise mehr als verdoppelt. Das Statistische Bundesamt  
14 hat festgestellt, dass etwa jeder achte in einer Mietwohnung lebende Mensch in Deutschland  
15 zu hohe Wohnkosten hat, also dass sämtliche Ausgaben fürs Wohnen einschließlich der zuletzt  
16 stark gestiegenen Energiekosten mehr als 40 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens  
17 verbrauchen. Das war im vergangenen Jahr bei 12,8 Prozent der Mieter\*innen der Fall. Gerade  
18 Einpersonenhaushalte, alleinerziehende Personen und Menschen mit geringem Einkommen sind  
19 davon betroffen.

20 Außerdem schwächen hohe Mieten die Kaufkraft. So haben 40% der Haushalte in Deutschland  
21 keinerlei Ersparnisse, denn die Ausgaben für Wohnen und vor allem Mieten sind monatliche  
22 Fixkosten, bei denen kaum oder nur wenig eingespart werden kann. Mit dem europaweit höchsten  
23 Anteil von Mieter\*innen an der Gesamtbevölkerung sind rund 50,5 Prozent der Bevölkerung von  
24 diesen Entwicklungen betroffen. Eine Entlastung für die Haushalte muss auch eine Entlastung  
25 für Mieter\*innen beinhalten.

26 **Wir Grüne wollen die Mieter\*innen in dieser akuten Notlage unterstützen und fordern die**  
27 **bündnisgrüne Bundestagsfraktion und die grünen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich für**  
28 **folgende Maßnahmen zum Schutz der Mieter\*innen einzusetzen:**

29 - ein bundesweites Kündigungs- und Zwangsräumungsmoratorium für ein Jahr (auch für  
30 Gewerbemieter\*innen)

31 - ein temporärer Mietenstopp für Städte mit angespanntem Wohnungsmarkt: die Aussetzung von  
32 regulären Mieterhöhungsmöglichkeiten der Nettokaltmiete nach §558 BGB zunächst für die  
33 nächsten sechs Monate für alle Mieter\*innen in Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt –  
34 ggf. mit anschließender Verlängerung je nach Bedarfslage und einem Härtefallfonds für kleine  
35 Eigentümer\*innen

- 36 - ein Moratorium für Strom- und Gassperren zunächst bis Mai 2023
- 37 - die Verlängerung und Verschärfung der Mietpreisbremse, die die Lücken (z.B. bei  
38 Modernisierung) schließt und bereits bei 5 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete  
39 greift
- 40 - eine Kappungsgrenze für Indexmieten bzw. bei Mietverträgen, deren Mieterhöhungen durch den  
41 vom Statistischen Bundesamt ermittelten Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten  
42 Haushalte in Deutschland bestimmt werden.
- 43 - Mietwucher wirksam bekämpfen: §5 im Wirtschaftsstrafgesetz wieder zu einem  
44 praxistauglichen Instrument gegen Mietpreisüberhöhung machen, das Mietentgelte dann für  
45 unangemessen hoch erklärt, wenn sie die ortsübliche Miete um mehr als 20 Prozent  
46 übersteigen.
- 47 - die rasche Einführung der geplanten, im Koalitionsvertrag vereinbarten neuen  
48 Wohngemeinnützigkeit, mit Konzentration auf den Bestand in angespannten Wohnungsmärkten
- 49 - die Modernisierungsumlage nach § 559 BGB deutlich senken, mit dem Ziel einer Drittelung  
50 der Kosten für Maßnahmen der energetischen Modernisierung zwischen Staat, Vermieter\*innen  
51 und Mieter\*innen.
- 52 - die Bekämpfung der Bodenpreisspirale durch eine Reform der Immobilienwert-Verordnung  
53 (ImmoWertV) und ein Berechnungsmodell für Bodenpreise, das spekulative Wertsteigerungen  
54 nicht begünstigt und einen am Mietspiegel orientierten Ertragswert zur Berechnungsgrundlage  
55 nimmt.

### **weitere Antragsteller\*innen**

Martin Reents (KV Berlin-Kreisfrei); Julian Schwarze (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Canan Bayram (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei); Felix Hohmann (KV Harburg-Land); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Achim Joofß (KV Ortenau); Maximilian-Lukas Linke (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Tobias Schlechter (KV Mainz); Philipp Lang (KV Stuttgart); Anika Wiest (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Anna Hoppenau (KV Berlin-Neukölln); Dorothee Marquardt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); sowie 41 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.